



**Stephan Kühn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stephan Kühn, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Oberbürgermeister der Stadt Bautzen  
Herrn Ahrens  
Fleischmarkt 1

02625 Bautzen

Berlin, 04.09.2018

**Stephan Kühn, MdB**

Mitglied im Ausschuss für Verkehr  
und digitale Infrastruktur  
Sprecher für Verkehrspolitik

Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

**Bundestagsbüro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-71866  
Fax: +49 30 227-76864  
[stephan.kuehn@bundestag.de](mailto:stephan.kuehn@bundestag.de)

**Bürgerbüro Görlitz/Ostsachsen:**

Berliner Str. 31  
02826 Görlitz  
Telefon: +49 03581-8766900  
Mobil: +49 172 3409260  
Fax: +49 03581-8767504  
[stephan.kuehn.ma06@bundestag.de](mailto:stephan.kuehn.ma06@bundestag.de)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit einigen Tagen kursiert eine „Oberlausitzer Erklärung 2018 für den Erhalt der Meinungsfreiheit“ der BI „die 89er“ in der Öffentlichkeit. Darin wird eine Entwicklung beschrieben, die man auf den ersten Blick als ernste Sorge um die Art und Weise unserer aktuellen Kommunikation und öffentlichen Berichterstattung lesen kann. Auch der Absender, eine Bürgerinitiative „die 89er“, befördert eine solche Sicht.

Aber bereits im zweiten Teil der Erklärung wird man stutzig: Sprache und Wortwahl wirken emotional, grenzen aus und führen zum Verdacht, dass die Autoren für sich etwas in Anspruch nehmen, was sie anderen gern mit ihrer Erklärung untersagen möchten: die offene und freie Kommunikation als wichtigste Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft.

Sie selbst werden in der Sächsischen Zeitung mit Verständnis für diese Erklärung und dem Vorschlag eines Diskussionsforums zitiert. Ich stimme mit Ihnen völlig überein, dass wir Orte des Gespräches und der sachlichen Debatte benötigen, gerade weil sich die Kommunikation in unserer Gesellschaft in den kontaktlosen und unpersönlichen Raum der Sozialen Medien verlagert. Ohne diesen Kontakt und das gemeinsame Gespräch wird aber nur die Spaltung und Polarisierung vertieft, weil ich die Welt nur noch aus der Perspektive meine Meinungsgruppe wahrnehmen muss.

Kein Verständnis habe ich allerdings dafür, dass Sie zu dem Diskussionsforum die von Ihnen als Protagonisten bezeichneten Stadträte sowie Frau Schmidt nicht einladen wollen (siehe SZ, 01.09.2018). Von einem Mitglied der Deutschen Sozialdemokratie hätte ich erwartet, dass Sie sich dafür einsetzen, die demokratischen Kräfte in diesem Diskurs zu stärken. Meines Erachtens gehen Sie den Autoren der Oberlausitzer Erklärung auf den Leim, die



Meinungsfreiheit einfordern, die Auseinandersetzung mit der Meinung anderer aber nicht führen wollen.

Ihre Initiative ist sehr wichtig. Wir brauchen viele öffentliche Räume für Gespräche und Auseinandersetzungen darüber, wie wir hier miteinander jetzt und in Zukunft leben wollen. Sie wird aber verpuffen und einer weiteren Spaltung Vorschub leisten, wenn Sie dazu nicht alle am demokratischen Wertekanon orientierten Bürgerinnen und Bürger einladen.

Als Bündnis 90/Die Grünen stehen wir in direkter Verbindung zu den Akteuren der Friedlichen Revolution 1989. Deshalb muss ich zu der Namensgebung der BI noch etwas schreiben. Uns ist niemand der Unterzeichner der Oberlausitzer Erklärung als aktives Mitglied der damaligen Bürgerbewegung bekannt, sehr wohl aber Claus Gruhl, der lange vor 1989 aktiv für ein Ende der SED-Diktatur gekämpft hat. Claus Gruhl war einer von zwei Bautzner Vertretern, die im Sommer 1989 die Gründung des Neuen Forum Oberlausitz vorbereitet haben. Auch dies sollte in der sachlichen Debatte, wo es heute sehr leicht ist, sich auf bestimmte politische Erbschaften zu berufen, beachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Stephan Kühn